

NOMOSANWALT

Hentschel | Krumm

Fahrerlaubnis Alkohol | Drogen

im Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht

7. Auflage



Nomos

NOMOSANWALT

Peter Hentschel †

Rechtsanwalt, Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln

Carsten Krumm,

Richter am Amtsgericht, Dortmund

Fahrerlaubnis Alkohol | Drogen

im Straf- und
Ordnungswidrigkeitenrecht

7. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4886-0

7. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 7. Auflage	5
Literaturverzeichnis	25
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis	31
 Erster Teil: Rauschmittel im Straßenverkehr	 41
A. Die Feststellung des Rauschmittelkonsums	41
I. Atemalkoholprobe	41
II. Blutentnahme	43
1. Gesetzliche Voraussetzungen der Blutprobe: § 81 a StPO	44
2. Einwilligung (Freiwillige Abgabe der Blutprobe) oder Anordnung	45
3. Verwertbarkeit einer unter Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen gewonnenen Blutprobe	49
a) Entnahme der Blutprobe unter Vernachlässigung der „medizinischen Entnahmevoraussetzungen“	50
b) Verwertung von anderen Blutproben	51
c) Fehlende Anordnung	51
4. Untersuchungen und Tests bei der Blutentnahme	52
a) Verwertbarkeit des sog „klinischen Befundes“	53
b) Bedeutung eines negativen klinischen Befundes	54
c) Vernehmung des Blutentnahmekarztes	54
III. Ermittlung der Blutalkoholkonzentration aus der Blutprobe	55
1. Die verschiedenen Untersuchungsmethoden	55
2. Anzahl der Einzelanalysen	56
3. Nicht ausreichende Anzahl von Einzelanalysen	57
4. Die geringe Wertigkeit einer zweiten Blutprobe	59
5. Variationsbreite	60
6. Analysenmittelwert	61
7. (Kein zusätzlicher) Sicherheitszuschlag	62
IV. Bedeutung der Blutalkoholkonzentration zur Tatzeit	62
1. Entbehrlichkeit einer Rückrechnung auf die Tatzeit	62
2. Rückrechnung auf die Tatzeit	63
a) Stündlicher Abbauwert	63
b) Verlauf der Blutalkoholkurve und Resorptionszeit	65
c) Die ersten beiden Stunden nach Trinkende	65
3. Nachtrunk	67
V. Fehlen einer Blutuntersuchung	69
1. Berechnung der BAK aus der Trinkmenge („Widmark“)	69
a) Grundlagen jeder Berechnung	69

b) Die eigentliche Berechnung nach Widmark	70
aa) Erläuterungen zu der Formel	70
bb) Der Reduktionsfaktor „r“	70
cc) Die abgebaute Alkoholmenge „ $\beta \times t$ “	71
dd) Das Resorptionsdefizit	71
2. Atemalkohol	74
a) Grundlagen	74
b) Verfälschende Einflüsse auf das AAK-Ergebnis	74
c) Gefahrgrenzwert: 0,25 mg/l AAK	76
d) Der Einsatz eines AAK-Messgerätes (generelle Betrachtung)	77
aa) Zuverlässigkeit der Messwerte einer AAK-Messung	78
bb) Bei allen AAK-Messungen zu beachtende Verfahrensbestimmungen	78
cc) Fehlerquellen bei der Messung bzw. im Rahmen der Auswertung	78
dd) Tatsächliche Feststellungen des Tatrichters	79
VI. Das medizinische Sachverständigengutachten	80
1. Verfahrensfragen	80
2. Unvereinbarkeit der ermittelten BAK mit dem klinischen Befund ..	81
3. Das Urteil des Tatrichters: BAK-Bestimmung und Sachverständigengutachtens	82
4. Zweifel an der Identität des untersuchten Blutes	83
a) ... im Strafverfahren	83
b) ... im Bußgeldverfahren	85
B. Alkoholbedingte Fahrunsicherheit	85
I. Absolute und relative Fahrunsicherheit	85
II. Absolute Fahrunsicherheit bei Kraftfahrern	86
1. Feststellung absoluter Fahrunsicherheit aufgrund des Blutprobenergebnisses	86
2. Kein AAK-Beweisgrenzwert für absolute Fahrunsicherheit	87
3. Erreichen des Beweisgrenzwertes erst nach der Tat	89
4. Keine Aufrundung	89
5. Motorrad- und Mopedfahrer	90
6. Mofafahrer	90
7. Segway-Nutzer	90
8. Anwendbarkeit des Beweisgrenzwertes für Kraftfahrer	90
III. Absolute Fahrunsicherheit bei Radfahrern, E-Bikern, „Bierbikern“	91
IV. Erschwerende Bedingungen bei der Fahrt	93
V. Grenzwertabsenkung durch Krankheit, Ermüdung pp.	93
VI. Und dann noch: Falls es in Zukunft nochmals zur Herabsetzung der Promillegrenze kommt	93
VII. Relative Fahrunsicherheit	94
1. Mindest-BAK für die Annahme relativer Fahrunsicherheit	94

2. Anforderungen an die zusätzlichen Beweisanzeichen für die Annahme relativer Fahrunsicherheit	94
3. Gesamtwürdigung aller Umstände	95
4. Feststellung alkoholbedingter Ausfallerscheinungen	96
5. Ausfallerscheinungen bei der Fahrweise	96
6. Andere alkoholbedingte Ausfallerscheinungen	101
7. Sturztrunk vor Fahrtantritt	103
8. Der klinische Befund = ärztlicher Bericht des blutprobeentnehmenden Arztes	104
VIII. Zusammenwirken von Alkohol und anderen Ursachen	106
IX. Fahrunsicherheit aufgrund „anderer berauschender Mittel“ (insbes. Drogen)	107
1. Der Begriff der „anderen berauschenden Mittel“	107
2. Welche Drogen sind „berauschende Mittel“?	108
3. Welche Medikamente sind berauschende Mittel?	108
4. Wechselwirkungen: Medikamente/Alkohol/Drogen	110
5. Grenzwerte und Drogen	111
a) Keine anerkannten Grenzwerte für Fahruntüchtigkeit	111
b) Existieren Mindestgrenzwerte?	113
c) Noch nicht anerkannt: Der CIF als Gradmesser nach Cannabis-Konsum	114
6. Anforderungen an die Feststellung drogenbedingter Fahrunsicherheit	114
a) Herabgesetzte Gesamtleistungsfähigkeit	114
b) Neben Konsum sind weitere Beweisanzeichen erforderlich	115
c) Fahrfehler als rauschmittelbedingte Ausfallerscheinung	118
d) Sonstige Verhaltensbesonderheiten als rauschmittelbedingte Ausfallerscheinungen	119
e) Weitere hilfreiche Einzelheiten aus der Rechtsprechung und Literatur zu Ausfallerscheinungen (leitsatzartig)	121
7. Die Feststellung des Konsums und der Menge des Konsums	124
8. Keine Rückrechnung möglich	125
9. Tatsächliche Feststellungen/Ermittlungen des Tatrichters	125
C. Erheblich verminderte Schuldfähigkeit und Schuldunfähigkeit	127
I. Allgemeines	127
II. Actio libera in causa	130
1. Anwendbarkeit im Verkehrsstrafrecht	130
2. Vorsätzliche actio libera in causa	131
3. Fahrlässige actio libera in causa	132
III. Besonderheiten bei der Rückrechnung	134
1. Grundschemata	135
2. Resorptionsabschluss/Beginn der Berechnung	135
3. Stündlicher Abbauwert	135

4. Und so wird die höchste BAK berechnet!	135
IV. Hinzuziehung eines Sachverständigen	138
V. Erheblich verminderte Schuldfähigkeit	139
1. Keine verbindliche BAK-Höhe	139
2. Besondere Bedeutung der BAK von 2,0 ‰	140
3. Besonderheiten der Rückrechnung	142
4. Gesteigerte Bedeutung „psychodiagnostischer Kriterien“	142
VI. Schuldunfähigkeit	143
1. BAK von 2,5 ‰	143
2. BAK von 3,0 ‰	144
3. Verhalten des Täters	147
VII. Vollrausch (§ 323 a StGB)	148
1. Grundsätzliches/Prozessrecht	148
2. Rausch	149
a) Begriff des Rausches	149
b) Bedeutung der BAK-Höhe für den Rausch	149
c) Hinzutreten anderer die Schuldfähigkeit beeinträchtigender Ursachen	150
3. Innerer Tatbestand	151
a) Vorsatz und Fahrlässigkeit	151
b) Rauschat als objektive Bedingung der Strafbarkeit	152
c) Innerer Tatbestand der Rauschat	153
D. Fahrlässige Körperverletzung und fahrlässige Tötung infolge Trunkenheit	157
I. Fahrlässige Körperverletzung – § 229 StGB	157
1. Strafantrag oder besonderes öffentliches Interesse	158
2. Tathandlung: Körperverletzung	158
3. Fahrlässigkeit	159
II. Fahrlässige Tötung – § 222 StGB	162
E. Die Trunkenheitsdelikte der §§ 316 und 315 c StGB	164
I. Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB)	165
1. Dauerstraftat	165
2. Begriff des Fahrzeugführens im (öffentlichen) Verkehr	168
a) Öffentlicher Verkehrsraum	168
aa) Schnellübersicht: Einzelfälle in der Rechtsprechung	169
(1) Beispiele für öffentlichen Verkehrsraum	169
(2) Beispiele für fehlenden öffentlichen Verkehrsraum	170
bb) Feststellung der Öffentlichkeit bei Privatflächen	171
cc) Prozessuale Hinweise	171
b) Fahrzeug	172
aa) Fahrzeuge sind somit vor allem auch	173

bb) Keine Fahrzeuge iSd § 316 StGB sind die in § 24 Abs. 1 StVO genannten besonderen Fortbewegungsmittel, namentlich ...	173
c) „Führen“ des Fahrzeugs	174
aa) Begriff des Führens	174
bb) Rechtsprechungsüberblick: Einzelfälle zum Begriff des Führens	175
cc) Verhältnis des „Führens“ zu dem Beweisgrenzwert für die absolute Fahruntüchtigkeit	177
(1) Rollenlassen und Schieben pp.	177
(2) Abschleppen	178
3. Rauschmittelbedingte Fahrunsicherheit	178
4. Rechtfertigungsgründe	179
5. Vorsatz und Fahrlässigkeit im Hinblick auf die Fahrunsicherheit ..	180
a) Vorsatz	181
aa) Bedeutung der BAK-Höhe	182
bb) Umstände des Einzelfalles	187
cc) Das Urteil: Tatsächliche Feststellungen bei Vorsatzverurteilung	190
b) Fahrlässigkeit	191
aa) Erkennbarkeit der alkoholischen Beeinträchtigung	191
bb) Kenntnis des vorausgegangenen Alkoholgenusses	191
cc) Genuss unbekannter Getränke, Medikamenteneinnahme und „Einatmen von Dämpfen“	192
dd) Bedeutung der BAK-Höhe als Fahrlässigkeitsindikator	193
ee) Heimlich zugeführter Alkohol	193
ff) Restalkohol	194
gg) Zusammenwirken von Alkohol und anderen Ursachen	195
6. Teilnahme und Wahlfeststellung	196
a) Täterschaft und Teilnahme	196
b) Konkurrenzen/Tatbegriff/Wahlfeststellung	196
II. Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315 c StGB)	200
1. Keine Dauerstraftat	200
2. Fahrzeugführen im Straßenverkehr	201
3. Gefährdung eines anderen Menschen oder fremder Sachen von bedeutendem Wert infolge Fahruntüchtigkeit	201
a) Fahruntüchtigkeit	201
aa) Rauschmittelbedingte Fahruntüchtigkeit	201
bb) ... aufgrund geistiger und körperlicher Mängel	202
b) Eintritt einer konkreten Gefahr	204
c) Unmittelbarkeit der Gefährdung	207
d) Der Begriff des „anderen Menschen“ als gefährdete Person	208

e) „Sache von bedeutendem Wert“	208
aa) Wertgrenze	208
bb) Gefährdung des vom Täter geführten Fahrzeugs	211
cc) Verursachung nur unbedeutenden Sachschadens	211
f) Kausalitätsfragen, insbes. „Doppelkausalität“	211
g) Einwilligung des Gefährdeten und Rechtswidrigkeit	212
h) Vorsatz und Fahrlässigkeit	213
aa) Vorsatz	213
bb) Fahrlässigkeit	214
i) Versuch	214
j) Teilnahme – §§ 26, 27 StGB	214
F. Konkurrenzfragen	215
I. Polizeiflucht	215
II. Mehrere Begehungsformen des § 315 c StGB	215
III. Gleichzeitige Gefährdung mehrerer Personen	216
IV. Mehrere Gefährdungen auf einer Trunkenheitsfahrt	216
V. Das Verhältnis von § 316 StGB zu § 315 c StGB	217
VI. Das Verhältnis von § 315 c StGB zu § 315 b StGB	217
VII. Mehrere Trunkenheitsdelikte bei gleichzeitigem, „fortgesetztem“ Fahren ohne Fahrerlaubnis	218
VIII. Trunkenheitsfahrt und unerlaubtes Entfernen vom Unfallort	219
1. Tatidentität im Sinne von § 264 StPO	219
2. Tatmehrheit	220
3. Nichtverurteilung wegen tatmehrheitlich angeklagten unerlaubten Entfernens vom Unfallort	220
4. Trunkenheitsfahrt und unerlaubtes Entfernen vom Unfallort im Zustand der Schuldunfähigkeit	220
IX. § 315 c StGB und BtM-Delikte	221
G. Strafzumessung bei Trunkenheitsdelikten	222
I. Grundfragen	222
II. Strafzumessungsempfehlungen	224
1. Unzulässige Strafzumessung nach Taxen pp.	224
2. Normalfallrechtsfolgen für den Ersttäter	225
3. Der Prüfungsansatz der Revisionsinstanz	229
III. Bedeutung der BAK-Höhe und des Stadiums der Alkoholkurve	229
1. Strafschärfung	229
2. Strafmilderung/Verminderte Schuldfähigkeit	230
a) Erhebliche Verminderung der Schuldfähigkeit – § 21 StGB	230
b) Strafraumenverschiebung nach §§ 21, 49 StGB	231
IV. Strafschärfung bei „Zechtour“	233
V. Bedeutung der von der Fahrt ausgehenden abstrakten Gefahr/Länge der Fahrt	234

VI. Einfluss von Beruf und sozialer Stellung	235
VII. Verschleierungsversuche durch den Angeklagten/Nachtrunk	236
VIII. Vorsatz	236
IX. Inkaufnahme einer Gefährdung durch den Mitfahrenden	237
X. Strafmildernde Entziehung der Fahrerlaubnis	237
XI. Strafmilderung: Vorsorge gegen Kfz-Benutzung vor Trinkbeginn	237
XII. Verminderte Schuldfähigkeit wegen Betäubungsmittelabhängigkeit	238
XIII. Besonderheiten bei Strafzumessung bei § 323 a StGB	238
XIV. Vorstrafen und Verfahrenseinstellungen als Gesichtspunkt der Strafzumessung	238
1. Vorstrafen – Feststellung und Wirkung	238
2. Der Auszug aus dem Bundeszentralregister (BZR-Auszug)	239
a) Einführung in die Hauptverhandlung/Wiedergabe im Urteil	239
b) Überprüfung der Richtigkeit der Vorstrafen	240
c) Warnwirkung der Voreintragung	240
d) Verwertungsverbot/Tilgungsreife	240
3. Verfahrenseinstellungen/Verwertung „unbekannter“ Taten	242
XV. Nachtatverhalten, insbes. Schadenswiedergutmachung und Einlassung	243
XVI. Verfahrensdauer	244
XVII. Freiheitsstrafe	246
1. Grundsatz des Ausschlusses kurzer Freiheitsstrafen	246
2. Wiederholungstäter/Bewährungsversager	247
XVIII. Strafaussetzung zur Bewährung	248
1. Bedeutung einschlägiger Vorstrafen	248
2. Bewährungsversager	249
3. Schwere Unfallfolgen	250
XIX. Absehen von Strafe – § 60 StGB/eigene Verletzungen	251
XX. Tatrichterliche Feststellungen zu Umständen der Alkoholaufnahme	252
XXI. Jugendliche/Heranwachsende	252
H. Ordnungswidrigkeit gem. § 24 a StVG	253
I. Abstraktes Gefährdungsdelikt	253
II. Dauerordnungswidrigkeit	253
III. Blutalkohol	254
1. Ausreichen einer BAK von 0,5 ‰ nach Beendigung der Fahrt	254
2. Kein Sicherheitszuschlag	254
IV. Atemalkohol	254
1. Anforderungen an die Verwertbarkeit der AAK-Messung	255
2. Träger Alcotest 7110 Evidential, Typ MK III	259
a) Fehlergrenzen	259
b) Standardisiertes Messverfahren/Tatsächliche Feststellungen	260
c) Funktion des Messgerätes	260
aa) Bedienungsanleitung	260

bb) Kontrollzeit, Wartezeit pp.	261
cc) Messablauf	262
(1) Herstellung der Betriebsbereitschaft des Dräger Alcotest 7110 Evidential	263
(2) Die Durchführung der Messung mit dem Dräger Alcotest 7110 Evidential	263
(3) Ergebnisanzeige	264
3. Dräger Alcotest 9510 DE	264
a) Technische Gestaltung und technische Daten	265
b) Standardisiertes Messverfahren/Tatsächliche Feststellungen	265
c) Einzelheiten zur Funktion des Messgerätes	266
aa) Bedienungsanleitung	266
bb) Kontrollzeit, Wartezeit pp.	267
cc) Messablauf	268
(1) Herstellung der Betriebsbereitschaft des Dräger Alcotest 9510 DE	268
(2) Die Durchführung der Messung mit dem Dräger Alcotest 9510 DE	269
(3) Ergebnisanzeige	270
4. Sicherheitszuschlag	271
V. Vorliegen von BAK- und AAK-Wert bei derselben Tat	271
VI. Drogen und Medikamente	272
1. Die einschlägigen Rauschmittel	272
2. Überblick: Weitere Tatbestandsmerkmale des § 24 a Abs. 2 StVG	273
3. (Beweis-)Grenzwerte	274
VII. Führen eines Kraftfahrzeugs im Straßenverkehr	280
VIII. Vorsatz und Fahrlässigkeit	281
1. Vorsatz	281
a) ... speziell bei Alkoholisierungsfahrten	281
b) ... speziell bei Drogenfahrten	282
2. Fahrlässigkeit	283
a) ... speziell bei Alkoholisierungsfahrten	283
b) ... speziell bei Drogenfahrten	284
IX. Konkurrenzen/Tatbegriff/Rechtskraft	289
X. Verjährungsfristen	291
XI. Ahndung/Rechtsfolgen	291
XII. Abschließende Sammlung von Strategietipps für Verteidiger	295
I. § 24 c StVG – Alkoholverbot für Fahranfänger	296
I. Norminhalt	297
II. Täter: Fahranfänger	297
III. Verstoß gegen das absolute Alkoholverbot	298
1. Alkoholhaltiges Getränk	298

2. Zusichnehmen des Getränks während der Fahrt	299
3. Antreten der Fahrt unter der Wirkung eines alkoholhaltigen Getränks	300
IV. Die subjektive Seite des § 24 c StVG	302
V. Rechtsfolgen	303
1. Sanktionen im Bußgeldverfahren	303
2. Verwaltungsrechtliche Folgen	303
Zweiter Teil: Fahrerlaubnisentziehung und Fahrverbot	305
A. Entziehung der Fahrerlaubnis durch den Strafrichter	305
I. Maßregelzweck	305
1. Maßregel der „Sicherung“	306
2. Maßregel der „Besserung“	307
II. Verfahrensfragen der Fahrerlaubnisentziehung	308
III. Voraussetzungen für die Fahrerlaubnisentziehung	309
1. Begehung einer Straftat	309
a) Regelfall: Verurteilungsfälle	309
b) Seltene Fälle der Entziehung bei Nichtverurteilung	310
2. Führen eines Kraftfahrzeugs	310
3. Straftat „bei“ dem Führen eines Kraftfahrzeugs	312
4. „Zusammenhang“ der Straftat mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs	312
a) Begriff der „Zusammenhangstat“ und Beispiele	313
b) Eigenhändiges Fahrzeugführen durch den Täter	316
c) Zusammenhang mit dem Besitz eines Kraftfahrzeugs	318
5. Verletzung der Pflichten eines Kraftfahrzeugführers	319
6. Absehen von Strafe oder Nichtverurteilung wegen Schuldunfähigkeit	319
7. Ungeeignetheit zum Führen von Kraftfahrzeugen	320
a) Begriff	320
b) Arten der Eignungsmängel	320
c) Sich „aus der Tat“ ergebende Kraftfahrungsungeeignetheit	322
d) Nach der Tat aufgetretene Eignungsmängel	323
e) Maßgebender Zeitpunkt für die Eignungsbeurteilung	324
f) Bedeutung des Grundsatzes „in dubio pro reo“	325
g) Regeltatbestände des § 69 Abs. 2 StGB	325
aa) Die Bedeutung von § 69 Abs. 2 StGB – „Indizwirkung“	326
(1) Unproblematische Regeldelikte	327
(2) Bedeutender Schaden bei Unfallflucht	327
bb) Absehen von der indizierten Maßregel	330
(1) Umstände der Tat	331
(a) Notstandsähnliche Situation	331
(b) Umparkersachverhalte/Kurzstreckenfahrten	332

(c) Ungefährliche Fahrzeuge	333
(d) Nur geringe Blutalkoholkonzentration?	333
(e) Unfallflucht (mit Trunkenheitsfahrt)	334
(2) Besondere Umstände in der persönlichen Lebensstellung	334
(a) Fehlende Voreintragungen/langjährige Fahrpraxis	335
(b) Berufliche Härten pp.	335
(3) Wegfall des Eignungsmangels	335
(a) Einfluss vorläufiger Führerscheinmaßnahmen	337
(b) Unbeanstandete Teilnahme am Kraftfahrzeugverkehr zwischen Tat und Hauptverhandlung	339
(c) Lange Verfahrensdauer	339
(d) Einfluss von Nachschulungsmaßnahmen	342
(aa) Ziel und Erfolg von Nachschulungsmaßnahmen	343
(bb) Rechtliche Einordnung	344
(cc) Einzelfälle des Absehens von der Regelfahrerlaubnisentziehung wg. Nachschulung	345
(dd) Feststellungen und Würdigungen des Tatrichters	348
(ee) Aufbauseminar: Verfahrenseinstellung nach § 153 a Abs. 1 Nr. 7 StPO	350
(ff) Nachschulungen bei hoher BAK oder Vorstrafen	351
(gg) Welche Feststellungen sind bei welcher Maßnahme erforderlich?	351
h) „Verkehrsspezifische Anlasstaten“	353
i) Allgemeine Kriminalität („Zusammenhangstaten“)	355
j) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	357
k) Sonderproblem: Fahrerlaubnisentziehung bei dem Jugendrichter	358
IV. Zwingende Entziehung/Rechtlicher Hinweis/Tenorierung/ Urteilsgründe	359
V. Wirkung der Fahrerlaubnisentziehung	360
VI. Einziehung des Führerscheins/Vollstreckung	362
VII. Fahrerlaubnissperre	363
1. Sperrfristbestimmung im Urteil	363
a) Bedeutung der Sperre	363
b) Tenorierung der Sperre im Urteil	364
c) Anordnung über die Länge der Sperre	364

d) Sperrfristbeginn	365
2. Noch laufende Sperre aufgrund früherer Verurteilung	366
3. Erhöhtes Mindestmaß	366
4. Einfluss vorläufiger Führerscheinmaßnahmen auf die Sperre	368
5. Sperrfristbemessung	370
a) Voraussichtliche Dauer der Ungeeignetheit	370
b) Besonderheiten der Prognoseentscheidung bei charakterlicher Ungeeignetheit	371
c) Sperre „für immer“ – § 69 a Abs. 1 S. 2 StGB	372
d) Unterschiedliche Sperrfristbemessung für einzelne Kraftfahrzeugarten	373
e) Berücksichtigung der Täterpersönlichkeit bei der Sperrfristbemessung	375
f) Ausmaß des Verschuldens als Kriterium der Sperrfristbemessung	378
g) Tatfolgen	378
h) Wirtschaftliche Gesichtspunkte	378
i) Generalpräventive Aspekte	379
j) Mischargumentationen	379
6. Beginn und Berechnung der Fahrerlaubnis-sperre	380
a) Grundsatz	380
b) Einrechnung fortdauernder vorläufiger Führerscheinmaßnahmen bei Rechtsmitteleinlegung	380
c) Beginn der Sperre bei Strafbefehl	381
d) Beginn der Sperre bei Beschränkung des Einspruchs unter Ausklammerung der Maßregelentscheidung	381
e) Mehrere Fahrerlaubnis-sperren	382
7. „Isolierte Sperre“	383
a) Voraussetzungen und Wirkung	383
b) Isolierte Sperre trotz Fahrerlaubnisbesitz	383
c) Kein verkürztes Mindestmaß der Sperre entsprechend § 69 a Abs. 4 und Abs. 6 StGB	385
d) Keine Einrechnung der Zeit seit dem Urteil der letzten Tatsacheninstanz analog § 69 a Abs. 5 S. 2 StGB	385
e) Absehen von einer erneuten Sperrfristanordnung bei wiederholtem Fahren ohne Fahrerlaubnis	386
8. Nachträgliche Gesamtstrafenbildung	387
a) Gesamtstrafenbildung durch Urteil	387
aa) Erste Konstellation: „Altes Urteil mit Sperre, neues (eigentlich) ohne“	387
bb) Zweite Konstellation: „Altes Urteil und neues Urteil mit Sperre“	387

b) Gesamtstrafenbildung durch Beschluss	389
aa) Erste Konstellation: „Keine Fahrerlaubnisentziehung/keine Sperre“	389
bb) Zweite Konstellation: „Nur eine Fahrerlaubnisentziehung/Sperre“	389
cc) Dritte Konstellation: „Mehrere Fahrerlaubnisentziehungen und/oder Sperren“	389
9. Das Ausnehmen bestimmter Kraftfahrzeugarten von der Sperre	391
a) Prüfung von Amts wegen – kein Antragserfordernis	392
b) Tauglicher Gegenstand des Ausnehmens: Fahrzeugart	392
c) Keine Ausnahme von der Sperre für bestimmte Zeiten und Orte oder die Berufsausübung	397
d) Gefahrenabschirmung („besondere Umstände ...“)	397
aa) Falsche Erwägungen im Rahmen des Ausnehmens	398
bb) Grundsätze zur Prüfung der Gefahrenabschirmung	398
cc) Objektive Gefahrenabschirmung	399
dd) Subjektive Gefahrenabschirmung	400
e) Ausnahme für Lkws oder Busse im Falle privater Trunkenheitsfahrten	401
f) Ausnahme für landwirtschaftliche Traktoren und Arbeitsmaschinen	402
g) Bedeutung wirtschaftlicher Härten für Ausnahmebewilligung ..	402
h) Keine Ausnahmebewilligung nach Rechtskraft	403
i) Voraussetzungen für das Führen der ausgenommenen Fahrzeugart	403
10. Vorzeitige Aufhebung der Sperre	403
a) Zulässigkeit nach Ablauf der Mindestfristen	404
b) Berechnung der Fristen für die frühest zulässige Sperrfristabkürzung	404
c) Zuständiges Gericht	405
d) Mitwirkung des Verurteilten an der gerichtlichen Entscheidungsvorbereitung	405
e) Entscheidungsgesichtspunkte	406
f) Bedeutung einer Nachschulung des Verurteilten	408
g) Kein Beweis wieder bestehender Eignung	410
h) Beschränkung der vorzeitigen Sperrfristaufhebung auf bestimmte Kraftfahrzeugarten	410
VIII. Rechtsmittel gegen Fahrerlaubnisentziehung und Sperre	411
1. Gute Taktik? Berufungseinlegung mit dem Ziel der Maßregelaufhebung wegen Zeitablaufs	411
2. Rechtsmittelbeschränkung	412
a) Anfechtung des Schuldspruchs	413
b) Beschränkung auf den Strafausspruch	413

c) Beschränkung auf die Strafaussetzung zur Bewährung	414
d) Beschränkung auf die Verurteilung wegen einer von mehreren Taten	415
e) Rechtsmittelbeschränkung auf die Entziehung der Fahrerlaubnis	415
f) Beschränkung des Rechtsmittels auf die Entscheidung über die Fahrerlaubnissperrre	416
g) Kosten und Auslagen bei Wegfall der Fahrerlaubnisentziehung oder Milderung der Maßregel bei Rechtsmittelbeschränkung ...	417
3. Verschlechterungsverbot – § 331 StPO	418
a) Keine Verlängerung der Sperre durch das Berufungsgericht	418
b) Faktische Sperrfristverlängerung durch das Berufungsgericht ohne Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot	418
4. Revision	419
5. Sofortige Beschwerde	421
6. Gnadenantrag	421
IX. Fahrerlaubnisentziehung bei Inhabern ausländischer Fahrerlaubnisse (§ 69 b StGB)	421
1. Bedeutung und Voraussetzungen des § 69 b StGB	421
a) Ausländische Fahrerlaubnis muss bestehen	422
b) Regeln für Inhaber einer EU-/EWR-Fahrerlaubnis	423
c) Inhaber einer Fahrerlaubnis aus Drittstaaten	425
aa) Ordentlicher Wohnsitz im Ausland	426
bb) Begründung eines ordentlichen Wohnsitzes im Inland	427
cc) Wohnsitz im In- und Ausland	427
dd) Wohnsitz im Inland zur Zeit der Erteilung der ausländischen Fahrerlaubnis	428
ee) Ausschluss der Berechtigung	428
ff) Befristung des berechtigten Fahrzeugführens mit ausländischem Führerschein	428
2. Nicht oder nicht mehr bestehende Berechtigung nach § 29 Abs. 1 S. 3 FeV	430
3. Wirkung der Fahrerlaubnisentziehung bei ausländischer Fahrerlaubnis	430
4. Vollstreckung	431
X. Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis	431
1. Sachliche Zuständigkeit	432
a) Sachliche Zuständigkeit im vorbereitenden Verfahren	432
b) Sachliche Zuständigkeit des mit der Sache befassten Gerichts ..	432
c) Sachliche Zuständigkeit des Landgerichts	433
d) Sachliche Zuständigkeit im Revisionsverfahren	434
2. Örtliche Zuständigkeit	435
3. Rechtliches Gehör	435

4. Tauglicher Adressat des § 111 a StPO	437
5. „Dringende Gründe“ im Sinne des § 111 a StPO	437
6. Ausnehmen bestimmter Kraftfahrzeugarten von der vorläufigen Fahrerlaubnisentziehung	440
7. Wirksamwerden der vorläufigen Fahrerlaubnisentziehung	441
8. Aufhebung der vorläufigen Fahrerlaubnisentziehung	441
a) Wegfall des Grundes	443
aa) Einfluss langer Verfahrensdauer	443
bb) Aufhebung während des Berufungsverfahrens	444
cc) Einfluss von Verfahrensverzögerungen durch den Angeklagten	445
b) Nichtentziehung der Fahrerlaubnis im Urteil	445
c) „Ablauf“ der Sperrfrist während des Revisionsverfahrens	445
d) Aufhebung wegen Verfahrenseinstellungen	447
9. Vorläufige Fahrerlaubnisentziehung durch das Berufungsgericht ...	448
10. Ausländische Fahrerlaubnis	448
11. Rechtsmittel: Beschwerde	449
a) Zulässigkeit und Begründetheit der Beschwerde	449
b) Keine weitere Beschwerde	451
c) Auslagenerstattung bei erfolgreicher Beschwerde	451
d) Tenorierung bei erfolgreicher Beschwerde	452
XI. Sicherstellung und Beschlagnahme des Führerscheins	452
XII. StrEG-Entschädigung	454
XIII. Checkliste: Prüfungsschema für § 111 a StPO	454
XIV. Zusammenfassende Verteidigungshinweise für Verteidiger und Strategieempfehlungen	455
B. Das Fahrverbot	457
I. Fahrverbot des § 44 StGB im Strafverfahren	457
1. Rechtsnatur und Zielrichtung	457
2. Wechselwirkung mit der Hauptstrafe	459
3. Verfahrensfragen	461
a) Anordnung ohne Erscheinen des Angeklagten in der Hauptverhandlung	461
b) Anordnung im Strafbefehl	461
c) Jugendverfahren	461
d) Hinweispflicht	462
e) Rechtsmittelbeschränkung	462
f) Verschlechterungsverbot – §§ 331, 358 Abs. 2 StPO	463
4. Voraussetzungen für die Anordnung eines Fahrverbots nach § 44 StGB	465
a) Verurteilung zu Freiheits- oder Geldstrafe	465
b) „... bei oder in Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs ...“	466

c) Tatbegehung unter Verletzung der Pflichten eines Fahrzeugführers	467
d) Notwendigkeit der Nebenstrafe/„fahrverbotsfeindliche“ Verfahrensdauer	467
aa) Belastungen durch Fahrverbot	468
bb) Lange Verfahrensdauer	468
e) Umfang der Pflichtverletzung – Unterschied zu § 25 StVG	470
5. Regelfahrverbot gem. § 44 Abs. 1 S. 3 StGB	472
a) Regelmäßige Ersatzsanktion	472
b) Erschütterung der Regelwirkung	473
aa) Bedeutungslosigkeit durch Anrechnung	473
bb) Andere Gesichtspunkte	475
6. Exkurs: Fahrverbot auch ohne Verkehrsbezug („Allgemeine Kriminalität“)	475
7. Stets nur „ein“ Fahrverbot	476
8. Die Ein-Monats-Abgabefrist („Schonfrist“)	477
9. Straftat und OWi-Fahrverbot	478
10. Beschränkung auf bestimmte Fahrzeugarten	479
11. Fahrverbot bei ausländischen Führerscheinen	480
12. Wirksamwerden, Vollstreckung und Fristablauf	480
a) Bedeutung des Zeitpunkts der Rechtskraft und Wirkung	480
b) Kein Aufschub der Fahrverbotsvollstreckung	481
c) Vollstreckung des Fahrverbots	482
d) Berechnung der Verbotsfrist	482
aa) Beginn mit der amtlichen Verwahrung des Führerscheins ...	483
bb) Fristbeginn, wenn der Verurteilte keine Fahrerlaubnis hat	484
cc) Fristberechnung bei gleichzeitiger oder nachträglicher Fahrerlaubnisentziehung	484
dd) (Tatsächlicher) Führerscheinverlust	485
ee) Einfluss von Freiheitsentzug auf den Fristablauf – § 44 Abs. 3 StGB	486
ff) Anrechnung vorläufiger Führerscheinmaßnahmen auf die Verbotsfrist	487
gg) Ende der Verbotsfrist	488
hh) Kein Fahrverbot zwecks Umgehung der gesetzlichen Mindest-Fahrerlaubnissperre	488
ii) Die Anrechnungsvorschrift des § 450 Abs. 2 StPO	488
e) Mehrere Fahrverbote in der Vollstreckung	489
13. Fahren trotz Fahrverbots	489
II. Verbot von Haltung und Führung eines Kfz bei Führungsaufsicht	490

III. Fahrverbot als Nebenfolge nach OWi – § 25 StVG	491
1. Verfahrensfragen	491
a) Rechtlicher Hinweis	491
b) Beschlussverfahren nach § 72 OWiG	493
c) Beschränkung des Einspruchs	494
d) Pflichtverteidigerbestellung	494
e) Entbindung von der Pflicht zum persönlichen Erscheinen	495
2. Voraussetzungen für die Anordnung des Fahrverbots	497
a) Fahrverbot trotz Nichtverurteilung wegen Ordnungswidrigkeit?	497
b) Fahrverbot nur gegen den Fahrzeugführer	498
c) Grobe oder beharrliche Pflichtverletzung als Voraussetzung für die Nebenfolge	498
aa) Grobe Pflichtverletzung	498
bb) Beharrliche Pflichtverletzung	500
d) Rechtsprechungsübersicht: Beharrlichkeit	504
e) Nichtausreichen einer Geldbuße als Voraussetzung für die Fahrverbotsverhängung	505
f) Verhältnismäßigkeit	506
3. Die Regelfahrverbote nach dem Bußgeldkatalog	507
a) Die Bedeutung des Bußgeldkataloges	508
aa) Regelfahrverbot des Bußgeldkataloges indiziert Fahrverbotsvoraussetzungen!	509
(1) Die Herleitung der Indizwirkung	509
(2) Die Auswirkungen der Indizwirkung	510
(3) Absehen vom indizierten Fahrverbot gegen erhöhte Geldbuße	511
bb) Voraussetzungen für ein Absehen vom indizierten Fahrverbot	512
cc) Entfallen der Tatbestandsvoraussetzungen des § 25 Abs. 1 StVG	515
(1) Keine abstrakte Gefahr durch Verstoß	515
(2) Augenblicksversagen	518
(a) Augenblicksversagen bei Geschwindigkeitsverstößen	519
(b) Augenblicksversagen bei Rotlichtverstößen (Mitzieheffekt pp.)	521
(c) Augenblicksversagen bei Abstandsverstößen	521
(d) Augenblicksversagen bei Wenden oder Rückwärtsfahren auf Autobahnen/ Kraftfahrstraßen	521
(3) Richtlinienverstoß bei Geschwindigkeitsmessungen	522
(4) Mitverschulden	523

(5) Irrtümer/Notstandsähnliche Situationen	524
dd) Entfallen der erzieherischen Erforderlichkeit des	
§ 25 Abs. 1 StVG	526
(1) Wirkungsvolle Erhöhung der Geldbuße	526
(2) Fahrverbotsfeindliche Verfahrensdauer	526
(3) Verkehrserzieherische Maßnahmen	528
(4) Vollstreckte Fahrverbote und andere Gründe	528
ee) Unverhältnismäßigkeit aufgrund von Härten	529
(1) Berufliche Härten	531
(2) Persönliche Härten und andere Milderungsgründe	534
4. Das Regelfahrverbot bei Ordnungswidrigkeiten gem.	
§ 24 a StVG	535
a) Keine abstrakte Gefahr durch Verstoß („Fahrten bis 50 m“)	536
b) Fahrverbotsfeindliche Verfahrensdauer	
(„zwei Jahre aufwärts“)	537
c) Nachschulungen, vollstreckte Fahrverbote pp.	537
d) Drohende Härten durch das Fahrverbot	538
5. Bemessung des Fahrverbots	540
6. Wirksamwerden/Viermonateschonfrist	541
7. Fristberechnung	542
8. Besonderheiten der Rechtsbeschwerde	544
9. Die Durchführung der Vollstreckung	545
10. Die Vollstreckung mehrerer Fahrverbote	547
 Stichwortverzeichnis	 549